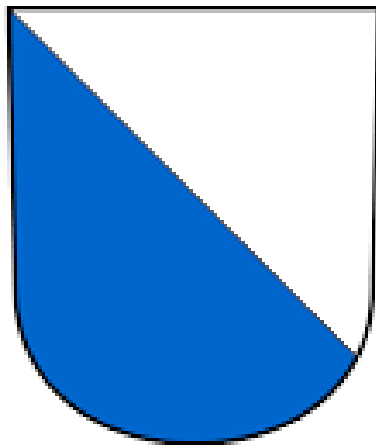


Rückblick auf die Zürcher Lokalpolitik

Zusammenfassung der wichtigsten Pressemeldungen



1. Hälfte November 2022

1. November

Eine breite Volksbewegung der Radfahrer:innen soll über die Justiz gestoppt werden. Critical Mass, die am letzten Freitag jeden Monats Tausende auf die Strasse bringt, soll vom Statthalteramt gestoppt werden. Freisinnige Politiker haben eine Aufsichtsbeschwerde gegen den Stadtrat formuliert, da dieser nichts gegen die «spontane Ausfahrt» von Radfahrer:innen unternehme. Allenfalls wäre vom Stadtrat zu fordern, dass er etwas gegen die «spontanen Ausfahrten» von Tausenden von Automobilist:innen unternimmt, die regelmässig unsere Strassen verstopfen.

Das Elektrizitätswerk der Stadt Zürich ist eine Dienstabteilung der Stadt und wird politisch gesteuert. Es spekuliert nicht an der Strombörse, sondern produziert Strom und verkauft ihn seine Kunden. Diese Haltung fordert nun eine Mehrheit im Kantonsrat auch von der Axpo, die ja den Kantonen und deren Elektrizitätswerke gehört, zu 37 Prozent dem Kanton Zürich. Man will also Zustände, wie sie vor der Entlassung «in die unternehmerische Freiheit» geherrscht haben. Die Segnungen des «freien Marktes» überzeugen selbst die Vertreter:innen der SVP nicht mehr, auch sie machen mit in dieser «unheiligen Allianz» im Kantonsrat.

2. November

Eine Wende kam in den Fall Brian K. eigentlich erst mit einem Bericht des UNO-Sonderbericht-erstatte für Folter, der den Zürcher Justizbehörden vorwarf, gegen die UNO-Standards für Haft zu verstossen. Der 27-jährige Brian sass seit mehr als 6 Jahren im Gefängnis, einen schönen Teil davon in Isolationshaft. Im Dezember 2021 hebt das Bundesgericht ein Urteil des Zürcher Obergerichtes auf. Dies erscheint als eine Ohrfeige an die Zürcher Justiz. Jetzt hat die Justiz ein Einsehen und wird Brian K. in den nächsten Tagen in die Freiheit entlassen.

Neben Nachsteuern im Umfange von 160 Millionen Franken hat der Besitzer des Dolder Grand gemäss dem Obergericht eine Busse von sieben Millionen zu bezahlen. Sein ehemaliger Anwalt, der massgeblich bei der Planung der Einfuhrdelikte des Dolder Besitzers mit verantwortlich ist, erhält eine Busse von 1,9 Millionen Franken und der Geschäftsführer der Galerie Gmurzynska am Paradeplatz eine solche von 1,3 Millionen Franken. Man kann von einem Weiterzug dieses Urteils an das Bundesgericht ausgehen.

3. November

Für hochbegabte Kinder gab es in der Stadt Zürich ein Modell, das Universikum genannt wurde. Jetzt brachte der Stadtrat eine neue Form der Begabtenförderung: «Begabungs- und Begabtenförderung.» Die Vorlage gefiel den Bürgerlichen sehr, die freisinnige Sprecherin lobte die Vorlage des (freisinnigen) Schulvorstehers als «gut durchdacht». Und dann kam Links-Grün und setzte einen zusätzlichen Paragraphen in die Vorlage, in dem steht, bei der Beurteilung welche Kinder in das Begabtenprogramm aufgenommen würden, sei auch «der Chancengerechtigkeit bezüglich Geschlechtes, sozialer Herkunft, Migrationshintergrund und körperlicher Behinderung» Rechnung zu tragen. Die gleiche, freisinnige Sprecherin meinte jetzt «Das ist Sozialismus pur»!

4. November

Die Zürcher Staatsanwaltschaft hat offensichtlich die Ohrfeige, die der Zürcher Justiz von dem UNO-Sonderbericht-erstatte für Folter und anschliessend vom Bundesgericht verabreicht worden war,

nicht verdaut. Es werden jetzt Vergehen von Brian K. aus den Jahren ab 2018, die er in der Isolationshaft begangen haben soll, hervorgekramt und beim Zwangsmassnahmengericht um eine Überführung von Brian K. in die Untersuchungshaft ersucht. Die Untersuchungshaft gleicht der Isolationshaft in den meisten Punkten. Die Verhandlung zwischen Staatsanwaltschaft und Zwangsmassnahmengericht ist sehr eng, bewilligt doch dieses Gericht die Anträge der Staatsanwaltschaft zu mehr als 97 Prozent! Für Brian heisst dies nichts Gutes. Müsste man diesem Vorgang einen Namen geben, so würde man wohl von «Rachejustiz» reden.

Das Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (ewz) hat den Besetzer:innen des Kesselhauses am Letten ein Ultimatum gesetzt, also Konfrontation statt Gespräch. Das ewz argumentiert damit, die Besetzung des Hauses könnte zu einer Gefährdung für die Stromversorgung werden. Den Beweis dafür bleibt uns de ewz schuldig.

Und zum Schluss noch diese unglaublich wichtige Meldung: Der beste Pinot Noir der ganzen Schweiz kommt aus dem Kanton Zürich, aus Freienstein Teufen. Unser Stolz als Weinkonsument:innen ist riesengross!

5. November

Die Zunft zur Meisen wurde gegründet im Jahre 1336 und war die Heimat der Weinleute, Weinschenker, Sattler und Maler (Flach- oder Kunstmaler). Als die Handwerker zu Geld gekommen waren liessen sie im Jahre 1757 ihr prächtiges Zunfthaus bauen, das einerseits auf die Limmat geht, andererseits den Münsterhof abrundet. Die Zünftler haben eben einen Sprung vom Jahre 1757 zum Jahr 1996 getätigt. Am 1. Juli 1996 trat das eidgenössische Gleichstellungsgesetz in Kraft, das die Förderung der tatsächlichen Gleichstellung von Frau und Mann festlegt. Mit über 25jähriger Verspätung haben die Herren beschlossen, auch Frauen als gleichberechtigte Zünftlerinnen aufzunehmen. Handwerker sind ja heute kaum mehr in dieser Zunft vertreten, aber die Banker, Anwälte und Chefärzte haben sich offensichtlich als Weinleute betätigt. Ob der Beschluss wohl auf zu viel Wein zurückgeführt werden muss? Und der Clou vom Ganzen: Die Meisner Zunft ist die erste in Zürich, die einen solchen Entscheid gefällt hat.

Ob wohl Zünftler oder andere Geldsäcke da mitmischeln? Im Augenblick läuft eine Auktion, bei der die Autonummer ZH 100 ersteigert werden kann. Es wurde schon deutlich über 350'000 Franken geboten. Die Auktion dauert noch einige Tage. Beeilt Euch mitzubieten!

7. November

Die Geschichte hat unseren ehemaligen Stadtherrscher Rudolf Brun eingeholt. Man kann ihm offenbar Antisemitismus nachweisen. Deshalb die Forderung, die nach ihm benannte Brücke sei umzubenennen. Das war vor einiger Zeit, aber nichts geschah. Jetzt haben die JUSOs sich der Frage auf ihre Weise angenommen: Sie haben ganz einfach die Schilder der Rudolf-Brun-Brücke und jene der Brunngasse geklaut. Jetzt muss ja was geschehen.

8. November

Die Besetzer:innen des ewz-Kesselhauses am Letten haben ein Ultimatum des ewz nicht beachtet und die gesetzte Zeit verstreichen lassen. Die erwartete Polizei kam nicht, dafür etwa 50

Sympathisant:innen. Stadtpolizei und ewz wollten sich auf Anfrage nicht zum weiteren Vorgehen äussern.

Bei Prozessen gegen Polizist:innen, denen gewalttätiges Vorgehen gegenüber Betroffenen vorgeworfen wird, ist die Nähe der Angeklagten zur Vertretung der Staatsanwaltschaft meistens mit den Händen zu greifen. Immerhin residierte die entsprechende Abteilung der Staatsanwaltschaft bisher an einem eigenen Ort. Jetzt, mit der Eröffnung des neu erstellten Justizzentrums hat auch diese Sondereinheit der Staatsanwaltschaft ins Justizzentrum gewechselt. So können sich die Leute der Staatsanwaltschaft und die Polizist:innen am Kaffeeautomaten oder in der Mensa treffen und sich austauschen. Die Grünen wollten nun mit einem Vorstoss im Kantonsrat erreichen, dass dieser missliche Zustand behoben und die entsprechende Abteilung der Staatsanwaltschaft das Justizgebäude wieder zu verlassen habe. Der Vorstoss scheiterte im Kantonsrat mit 92 zu 70 Stimmen.

Beim Prozess der Verselbständigung der Kantonsapotheke war klar, dass diese neu unter die Fittiche des Universitätsspitals kommen sollte. Da trat im Hintergrund eine Investorengruppe um den Apothekerverband auf, die die Kantonsapotheke kaufen wollte. Prompte stellte die Wirtschaftspartei FDP im Kantonsrat den Antrag, das Verselbständigungsgesetz sei an den Regierungsrat zurückzuweisen. Sie erhielt im Rat viele Schelte für diesen Antrag, der im Rat denn auch mit 139 zu 27 Stimmen unterlag. Anschliessend stimmte der Rat der Übertragung der Kantonsapotheke an das Universitätsspital mit 136 zu 30 Stimmen zu. Der Apothekerverband versucht es jetzt noch auf der juristischen Schiene, die Wettbewerbskommission soll den Kanton Zürich wegen Verletzung der Wirtschaftsfreiheit verurteilen.

9. November

Mit einem Grossaufgebot hat die Zürcher Polizei das besetzte Kesselhaus des ewz am Letten geräumt und der Eigentümerin wieder übergeben. Im Gebäude hat sich keine Person mehr befunden. Das Gebäude werde jetzt «gesichert und bewacht», teilt das ewz mit. Hängig bleibt noch die Strafanzeige des ewz gegen unbekannt. Es sei daran erinnert, dass das Gebäude seit 2019 leer stand. Die Besetzer:innen wollten einen «unkommerziellen Ort für Kultur und politischen Austausch» einrichten.

Wie zu erwarten war: Das Zwangsmassnahmengericht hat dem Antrag der Staatsanwaltschaft stattgegeben und die Untersuchungshaft gegen Brian K. gebilligt. Brians Anwälte wollen den Entscheid weiterziehen. Sie weisen sämtliche Vorwürfe vollumfänglich zurück. Der Entscheid des Zwangsmassnahmengerichtes sei unhaltbar und die Begründung nicht nachvollziehbar.

10. November

Seit Jahren fordert die Allianz gegen Racial Profiling, dass die diskriminierenden Kontrollen, die hauptsächlich Menschen mit einem Migrationshintergrund erleiden, dokumentiert werden. Häufen sie sich überdurchschnittlich, so dürfte der Beweis erbracht sein, dass die Polizei Racial Profiling betreibt. Nun hat auch ein Gemeinderat einen entsprechenden Antrag gestellt. Der, die Kontrollierte soll eine Quittung erhalten. Darauf sollen Angaben zur kontrollierten Person stehen, Dienststelle und Dienstnummer der kontrollierenden Polizeibeamten, allgemeine Angaben zur Kontrolle wie Datum, Zeit, Ort und Leibesvisitation, Begründung der Kontrolle sowie Informationen zu Beschwerdemöglichkeiten. Die Grüne Sicherheitsvorsteherin meint, die Stadt habe schon genügend Massnahmen

gegen Racial Profiling umgesetzt. Auch auf den Datenschutz (für die Polizeibeamt:innen) hat sie hingewiesen! Der Vorstoss wurde dennoch mit 72 zu 41 überwiesen. Jetzt hat der Stadtrat 2 Jahre Zeit um eine Vorlage zu basteln.

Es wurde schon berichtet, dass über 350'000 Franken für die Nummer ZH 100 geboten wurden. Offensichtlich stammt dieser hohe Betrag von eine/r nicht solventen Bieter:in. Unterdessen hat ein solventer Geldsack aus Zürich den Zuschlag bekommen, er bezahlte die Kleinigkeit von Fr. 226'000 Franken.

11. November

Ursprünglich sollte die Umnutzung des Flugplatzes Dübendorf 217,5 Millionen Franken kosten. Dann stellte der Regierungsrat eine Vorlage über Fr. 97,45 Millionen vor. Das Land, es sind 230 Hektaren, gehört dem Bund, der stellte es im Baurecht dem Kanton zur Verfügung. Dieser soll einen Innovationspark entstehen lassen. Die SVP will den Kredit um 14.45 Millionen Franken kürzen, da sie nicht bereit ist einen allfälligen Konkurs des Arealentwicklers, der Firma IPZ Property, zu übernehmen. Die Grünen ihrerseits wollen den Betrag gleich mal halbieren, da sie meinen, 49.5 Millionen müssten genügen. Ihrer Meinung nach müssten sich die Privaten viel stärker an den Aufbaukosten beteiligen. Auch sei die Subventionierung eines nicht rentablen Flugbetriebes nicht Aufgabe des Staates. Zur Erinnerung: Auf dem Areal sollen mehr als 10'000 Arbeitsplätze entstehen, was den Druck auf den Wohnungsmarkt im Glattal weiter verstärken dürfte.

Solaranlagen und Wärmepumpen sollen künftig nicht mehr das aufwendige Baubewilligungsverfahren durchlaufen müssen, vielmehr wird eine einfache Meldung an das Amt genügen. Davon sollen auch Ladestationen für E-Autos profitieren.

12. November

Das Seefeldfest ist für das Quartier ein Anlass, an dem sich zahlreiche Vereine, das lokale Gewerbe, Parteien und Kirchen engagieren. Vor Jahresfrist hat man die Grossbank Credit Suisse als Hauptsponsor gewinnen können. Doch dies stiess nicht auf ungeteilte Zustimmung. Im Quartier sei das Sponsoring nicht gut angekommen, erklärte der Präsident des Seefeldfestes. In den sozialen Netzwerken hätten sich Personen negativ geäussert. Am Fest selber hätten mehrere Personen das Engagement der Grossbank kritisiert, zwei Musiker hätten auf der Bühne protestiert. So hat man sich denn entschlossen, in Zukunft auf das Sponsoring der CS zu verzichten. Für ein durchaus bürgerliches Quartier wie dem Seefeld ist dies doch ein erstaunlicher Entscheid.

Demonstrationszug der Bauarbeiter: Sie kämpfen für einen neuen Landesmantelvertrag und wollen nicht hinnehmen, dass sich ihre Arbeitswoche künftig bis auf 58 Stunden ausdehnen könnte und dies bei einem Arbeitstag von bis zu zwölf Stunden. Mit der Polizei abgesprochen war ein Umzug vom Helvetiaplatz hinauf zur Weinbergstrasse, dem Hauptsitz des Schweizerischen Baumeisterverbandes. Dann aber bog der Zug ab Richtung Hauptbahnhof, wo man in der Halle Bänke für ein Mittagessen aufstellte. Erst anschliessend ging es weiter zur Weinbergstrasse.

14. November

Am vergangenen Samstag versammelte sich ein kleines Grüppchen vor dem Zürcher Obergericht. Genau ein Jahr ist es her, dass das Bundesgericht den Gefängnisaufenthalt von Brian K. als unzulässig

bezeichnete und den Fall zur Neuurteilung an das Zürcher Obergericht zurückgewiesen hat. Seit einem Jahr sitzt Brian also ohne Urteil im Gefängnis. Eigentlich sollte er ja am 7.11.2022 freikommen, aber die Staatsanwaltschaft und das Zwangsmassnahmengericht haben entschieden, den jungen Mann weiterhin in Haft zu halten. Eine Gruppe, die sich #BigDreams nennt hat nicht nur diesen kleinen Gedenk Anlass organisiert, sondern auch eine Uhr installieren lassen, die anzeigt, wie lange Brian schon in Sicherheitshaft sitzt. Bis dato sind es 5 Jahre 1 Monat 11 Tage 9 Stunden 00 Minuten 00 Sekunden. Diese Uhr zählt hoch. Angebracht ist sie an der Fassade des Theater Neumarkt und soll auf die Fassade des neu eröffneten Bezirksgefängnisses im Polizei- und Justizzentrums projiziert werden. Hochgezählt werden soll bis zur Freilassung Brians.